Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 32 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 171. **Halle, Dienstag, den 13. April 1920.** **Einzelpreis 20 Pfg.**

Was Frankreich mit uns vor hat!

Berlin, 12. April. (Eigene Drahtnachricht.) Amtlich. Bei einer Besprechung höherer französischer Offiziere des Okkupationsgebietes, die am 9. April in Mainz stattfand und die der in Deutschland zu befolgenden Politik galt, wurden Richtlinien aufgestellt, deren wichtigster Inhalt ist: Die Rheinlinie ist nötig, um uns dauernde Sicherheit und die Gewißheit zu geben, daß wir vor Revanchegedanken der deutschen Militärkreise geschützt sind. Wohl ist die Besetzung des linken Rheinufers von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Abschnitt und einigen sonstigen Kapitalszentren befindet sich auf dem linken Rheinufer kein großes fundiertes Reichtumszentrum. Deshalb müßte dem Pfälzerstaat auch derjenige Teil des rechten Rheinufers angegliedert werden, der Frankfurt a. M. und Umgebung, das Ruhrgebiet und die Düsseldorfer Industrie umfaßt. Jede Verlegenheit Deutschlands ist darum zu benutzen, um damit Vorteile für uns zu erlangen. Da sich England nicht allzu weit von der Küste engagieren will und wir die Landnachbarn sind, Amerika aber genug mit Japan und England zu tun hat, müssen wir, so lange wir freie Hand haben, alles tun, um uns festzusetzen und unsere Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Deutschland wäre am besten in 5 bis 6 größere Bundesrepubliken zu zerlegen: 1. Bayern, Baden, Württemberg; 2. Rheinische Republik mit beiden Ufern; 3. im Norden Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein. Die Hansastädte sind dann belanglos; 4. Thüringen und Sachsen als Mitteldeutsche Republik; 5. Berlin mit Schlesien und einige kleinere Teile Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest. Insbesondere ist die innere Unmöglichkeit der Koalitionsregierung klug zu benutzen. Zugleich müssen wir die mittlere kapitalistische Richtung in Deutschland und die U. S. P. D. für uns interessieren und als Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung ihnen glauben machen, daß ihr Elend von Berlin kommt, damit sie gegen Berlin und Regierung marschieren. Wir können, wenn im Ruhrgebiet Unruhen bestehen, mit den Belgiern als Nachbarn und am meisten Interessierten dort einrücken. Diese Politik setzt uns in ein bis zwei Jahren in Besitz dessen, was Foch will, nämlich der militärischen Rheingrenze mit starken Brückenköpfen ohne ernstlichen Widerstand unserer Alliierten.

Millerands Verlegenheit.

WTB. Paris, 12. April. Ministerpräsident Millerand erklärte Marcel Hutin vom „Echo de Paris", erst nach Eingang der Antwort der britischen Regierung könne er ein genaues Bild der Lage geben, und zwar dem Parlament zuerst. Hutin hatte von dieser Unterredung den Eindruck, als ob der Ministerpräsident von der augenblicklichen Meinungsverschiedenheit mit England stark betroffen sei.

Frankreich will „nicht wieder tun . . ."

Haag, 12. April. (Eigene Drahtnachricht.) Gegenüber der Ansicht der Westminster Gazette, Lloyd George habe dem englischen Botschafter nicht von der Botschafterkonferenz zurückgezogen, sondern nur gedroht, es zu tun, falls sich Frankreich noch einmal zu seiner isolierten Aktion verleiten lasse, wird aus Paris gemeldet, daß Lloyd George tatsächlich dem englischen Botschafter verboten habe, sich an der Sitzung zu beteiligen, bis Frankreich erklärt habe, daß es mit Bezug auf den Friedensvertrag keine gesonderte diplomatische Aktion mehr unternehmen werde. Als Antwort auf dieses Verlangen von Lloyd George hat Millerand in der Note, die er dem englischen Botschafter am Freitag überreichte, wörtlich erklärt: Die französische Regierung erklärt sich bereit, zu versichern, daß sie sich von der Zustimmung ihrer Bundesgenossen überzeugen wird, bevor sie in irgend einer internationalen Frage handelt, die die Auslegung des Friedensvertrages betrifft.

Zwei gefährliche Noten.

WTB. Zürich, 12. April. Die „Baseler Nationalztg." meldet aus Paris, die englische Note an Frankreich werde wahrscheinlich niemals veröffentlicht werden. Sie sei in Wirklichkeit viel schärfer gefaßt, als der Londoner Auszug habe vermuten lassen. Auch die Antwortnote Millerands werde möglicherweise nicht bekanntgegeben werden.

Millerand und Lord Derby.

WTB. Paris, 12. April. Wie die Agence Havas meldet, empfing Ministerpräsident Millerand gestern abend den englischen Botschafter Lord Derby und überreichte ihm die Antwort der französischen Regierung auf die letzte englische Note. Der „Petit Parisien" will wissen, der englische Botschafter habe Millerand gefragt, ob er sich nach San Remo zu begeben gedenke. Millerand habe seine Antwort von der Aufnahme abhängig gemacht, die seine Note in England finden werde. Denn es sei von Interesse, daß der Zwischenfall beigelegt sei, bevor die Verhandlungen in San Remo beginnen. Im Grundsatz aber habe Millerand den 19. April als Datum der Zusammenkunft in San Remo angenommen. Dieser Meldung steht eine Nachricht des Londoner Korrespondenten gegenüber, der von maßgebender Seite erfahren haben will, die englische Regierung sei entschlossen, dem Obersten Rat in San Remo die Lösung des Konfliktes zu überlassen. Wie die Morgenblätter melden, ist es fraglich geworden, ob der Ministerpräsident Millerand schon heute in der Kammer eine Erklärung über den englisch-französischen Zwischenfall und über die Besetzung der Mainstädte abgeben werde. Es sei wahrscheinlich, daß dies erst am Dienstag oder Mittwoch geschehe. Heute soll der Ministerpräsident vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erscheinen, um Aufklärung zu geben.

Das Verkehrspersonal der Post und Eisenbahn bietet den 9-Stundentag an.

Berlin, 12. April. (Eigene Drahtnachricht.) Im Hinblick auf die bevorstehende Beratung des Reichsbesoldungsgesetzes war heute eine Vertretung sämtlicher Großorganisationen des Eisenbahn- und Postpersonals beim Reichsfinanzminister Dr. Wirth. Das Verkehrspersonal verlangt entsprechend der Sonderheit seiner Dienstleistung die höhere Einstufung seiner einzelnen Kategorien um je eine Gruppe in der Besoldungsordnung. Die durch diese Forderung verursachten Mehraufwendungen werden auf 800 bis 900 Millionen Mark im Jahre geschätzt. Dafür will das Verkehrspersonal auf die von der Regierung vorgeschlagenen Gefahrenzulage für besonders gefährdete Kategorien verzichten, ein Verzicht, der eine Ersparnis von rund 100 Millionen beträgt, so daß noch ein Mehraufwand von 700 bis 800 Millionen Mark verbleiben würde. Zur Deckung dieses Mehraufwandes hat das Verkehrspersonal dem Reichsfinanzminister angeboten, zunächst auf die Dauer eines Jahres je eine Stunde über die gesetzliche Verpflichtung von acht Stunden hinaus zu arbeiten. Hinsichtlich die Beamten, insgesamt 365 000 Eisenbahnbeamten und 240 000 Postbeamte würden diese Mehrstunden keine weiteren Aufwendungen erfahren, da die Beamtenschaft einen Anspruch auf Ueberstunden nicht hat. Bei der Arbeiterschaft dagegen würde die Mehrleistung in Form von Ueberstunden in einer Entschädigung zu entgelten sein. Die von den Beamten umsonst zu leistenden Mehrstunden würden insgesamt 100 Millionen Stunden im Jahre ausmachen. Das bedeutet rund 800 Millionen Mark. Die Beamtenschaft von Eisenbahn und Post würde somit die Mehrausgabe der höheren Einstufung durch Mehrleistung wieder ausgleichen. Es würden weiter dadurch volkswirtschaftliche Werte von ungeheurer Bedeutung geschaffen und der übrigen arbeitenden Bevölkerung des Reiches ein Beispiel gegeben werden.

Der neue Reichsfinanzminister hat zu diesem Angebot noch keine endgültige Stellung genommen. Bei ihm liegen zur Zeit noch die Bedenken gegen die durch die höhere Einstufung des Verkehrspersonals entstandenen Aufwendungen, und er will deshalb zunächst mit den Fraktionen der Nationalversammlung und mit dem Reichskabinett Fühlung nehmen.

Hölz will flüchten.

WTB. Kingenthal, 12. April. Der Kommunist Hölz, der gestern früh mit 200 Rotgardisten hier angekommen war, verhandelte im Laufe des Vormittags mit dem Bürgermeister und dem tschechoslowakischen Grenzkommando über seinen Uebertritt nach der Tschechoslowakei. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Die Grenzwachen sind verstärkt worden. Hölz forderte sämtliche Fabrikanten und Geschäftsleute zu einer Versammlung auf mit dem Zweck, daß von ihnen Beträge von je 50 000 bis 150 000 Mark zur Unterstützung der roten Garde gezahlt werden. Wie verlautet, soll ein Teil des verlangten Geldes dem Hölz bereits ausgehändigt worden sein. Wie die „Ascher Zeitung" meldet, hat Hölz bei seinen Uebertrittsverhandlungen von den böhmischen Behörden den Bescheid erhalten, daß er als interniert zu gelten habe und auf Verlangen Deutschlands ausgeliefert werden würde. Da es der Plan Hölz ist, über Klingenthal nach Graslitz oder über Bad Elster ins Böhmische zu flüchten, sind die Grenzwachen verstärkt worden. Von dem Ueberwachungsdienst der tschechischen Behörden wurde ein gewisser Dr. Schrinke aus Bad Elster festgenommen, da er im Verdacht stand, mit Hölz Verbindungen zu unterhalten. Der Verhaftete wurde am nächsten Morgen von Grenzsoldaten nach Sachsen zurückgebracht und erhielt die Weisung, nie wieder nach Böhmen zurückzukehren.

Kein Generalstreik in Plauen.

WTB. Plauen i. V., 12. April. Der Aufforderung zum Generalstreik ist hier nicht Folge geleistet worden. Es arbeiten sämtliche Betriebe. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Rotgardisten sind verschwunden. Auch Hölz hat sich nicht wieder sehen lassen. Die Reichswehrtruppen stehen noch zwischen Hof und Oelsnitz.

Wahlkampfansage der K. P. D.

WTB. Berlin, 12. April. Die Mitgliederversammlung der Groß-Berliner Organisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), hat beschlossen, daß die Partei sich an den kommenden Wahlen beteiligen soll. Der Wahlkampf soll gegen die Demokratie und für die Räte-diktatur geführt werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Reichskanzler Müller über den Einmarsch ins Ruhrgebiet und Frankreichs Verletzung des Versailler Friedens.

Berlin, 12. April. 159. Sitzung. Haus und Tribünen sind gut besucht.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten und teilt zunächst mit, daß ein Telegramm des Abgeordneten Ulitzka eingelaufen sei, daß die Abgeordneten aus Oberschlesien von der Entente an der Ausübung ihrer Mandate gehindert werden. (Hört, hört!) Ein gleiches Telegramm ist vom Abgeordneten Kartmann eingegangen. Gegen diesen unerhörten Eingriff der Entente in die Rechte des deutschen Volkes lege ich den allerschärfsten Protest ein und bitte die Regierung, sofort die nötigen Schritte zu tun. (Beifall.)

Der Präsident teilt ferner mit, daß die Nationalversammlung voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen werde. Die Ausschüsse möchten daher ihre Arbeiten beeilen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer

Erklärung der Regierung.

Reichskanzler Müller: Der Herr Präsident hat soeben mit Recht Protest erhoben gegen das völkerrechtsmidrige Verhalten der Entente. Aehnliche Meldungen liegen aus Masuren vor. Die Regierung wird energisch dagegen vorgehen. Dem übermäßigen französischen Militarismus können wir nichts entgegensetzen als unser gutes Recht. Senegalneger liegen in der Frankfurter Universität. Die Trikolore flattert über dem Mainzer. Der Kappputsch war eine Offiziersrevolte. Die Reichswehr hatte das Vertrauen bei der Arbeiterschaft verloren. Die Arbeiterschaft des Ruhrreviers konnte nicht mehr erkennen, ob sie verfassungstreuen oder reaktionären Truppen sich gegenüberstehe. Das ist Schuld der Kappjage. (Widerspruch und Lachen rechts.) Ohne Kapp kein Generalstreik, ohne diesen keine rote Armee im Ruhrrevier. Die Arbeiter sind zu ihrer Arbeit zurückgekehrt, aber der Katzenjammer des ganzen Ruhrreviers machte sich die Situation zu nutze. Dagegen mußte die Regierung einschreiten, und so marschierte die Reichswehr ein. Selbst die Unabhängigen forderten der Einmarsch. Wir wollen die Reichswehr nur da einsetzen, wo es unbedingt nötig ist. Die Opfer der Reichswehr betragen rund 600 Köpfe. Dies sollte sie vor Vorwürfen schützen. Solange es noch eine Möglichkeit der friedlichen Verständigung gab, mußten wir zuwarten. Als aber alle den Einmarsch verlangten, da mußten wir vorgehen oder abhauen. Wir mußten einmarschieren, ohne die Einwilligung Frankreichs erlangt zu haben, das die Aktion für unnötig oder gefährlich erklärte. Die Notwendigkeit zu beurteilen, ist Sache der deutschen Regierung. (Beifall.) Frankreich hat den Mut, sich durch unser Vorgehen in seiner geographischen Lage bedroht zu erklären, trotzdem die 19 000 Mann in der neutralen Zone gegenüber der waffenstarrenden Besatzungsarmee in den Rheinlanden fast verschwinden.

Wir haben eine formale Unterlassung begangen.

Den Weltfrieden haben wir nicht bedroht. Wir erhoben gegen die französische Regierung Anklage, den Versailler Frieden verletzt und den Völkerbund, noch ehe er in Kraft trat, um jeden Kredit gebracht zu haben. Die französische Note wurde uns in Paris übergeben drei Stunden nach dem Einrücken in Frankfurt. Die militärische Vergewaltigung Deutschlands ist eine Versündigung gegen Europa, wie gegen das französische und das deutsche Volk.

Krieg oder Frieden — — ein Drittes gibt es nicht, wenn nicht die Anarchie alles verschlingen soll. England und Italien scheinen das einzusehen. Allerdings würde es naiv sein, daraus zu schließen, daß der Bestand der Entente gefährdet sei. Wir wollen die Waffen in Privatbesitz einsammeln. Frankreich hindert uns daran. Die Einwohnerwehren, die keine militärische Organisation sind, richten sich gegen die Plünderung, gegen die Anarchie. Die Regierung hat mit den Ländern über die Auflösung der Einwohnerwehren nur verhandelt auf Druck der Entente, nicht auf Druck der Gewerkschaften. Eine Nebenregierung der Gewerkschaften lehne ich ab. (Beifall.) Mitregieren kann nur der, der die Verantwortlichkeit mit übernimmt. Die Gewerkschaften hatten keinerlei Forderung ultimatischen Charakters gestellt. Allerdings lege ich den größten Wert darauf, die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft zu hören. Nach dem Sturz der Machtpolitiker wird das deutsche Volk eine Demokratie sein, oder es nicht sein.

Das Duell Frankreich-Deutschland muß aufhören.

Frankfurt, das Herz Europas, ist getroffen. Ehe Frankfurt nicht frei ist, werden alle schönen Worte der Verständigung verhallen. Frankreich hat alle nationalistischen Instinkte wieder erweckt. Die Nationalisten aller Länder leisten sich die besten Dienste. Kapp oder Foch

wir erlauben dem Militarismus keine Rückkehr.

Die militärische Aktion im Ruhrgebiet geht dem Ende entgegen. Die Truppen werden schnellstens zurückgezogen. Damit wird hoffentlich auch die Besetzung des Maingaus ihr Ende erreichen. Wir wollen Abkehr von allen Kriegsanschauungen und allen Kriegsmitteln. (Beifall.)

Präsident Fehrenbach schlägt vor, in die Erörterung morgen einzutreten und die übrigen Gegenstände von der Tagesordnung abzusetzen.

Morgen: Anfragen, Besprechung der Erklärung der Regierung und anderes.

Schluß 4¼ Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200413016/fragment/page=0001

Millonenerpressungen im Vogtlande.

WTB. Plauen i. V., 12. April. Der Kommunist Hölz verlangte von den Klingenthaler Fabrikanten eine Million Mark zur Bildung einer roten Garde die bis heute abend 6 Uhr in seinem Besitz sein sollen. Da die Klingenthaler Filiale der Vogtländischen Bank die ganze Summe nicht vorrätig hatte, sollten zwei Bankbeamte 600 000 Mark von der Vogtländischen Bank in Plauen abholen. Beide Beamte trafen heute nachmittag in einem Hölzschen Automobil hier ein. Als sie auf der Bank die Summe abheben wollten, wurden der Chauffeur und die beiden Beamten von der Plauener Polizei verhaftet.

Der Plauener Vollzugsausschuß des Arbeiterrats hat sich aufgelöst, nachdem der Führer Rudert geflüchtet ist. In einer Versammlung im Schützenhaus wurde erklärt, daß die Reichswehr im Anmarsch begriffen sei.

In Adorf und Bad Elster sind auf Veranlassung des roten Vollzugsausschusses von den ansässigen Fabrikanten 150000 Mark zur Bildung einer roten Garde gezahlt worden. Der Vollzugsausschuß verlangte von den Fabrikanten die wöchentliche Zahlung von 60 000 Mark, die für den Ordnungsdienst der roten Garde bestimmt sein sollen.

Bemühungen um friedliche Beilegung der Hölzaffäre.

WTB. Gera, (Reuß), 12. April. Zur friedlichen Beilegung der Umtriebe des Hölz in einem Teile des Vogtlandes hat der Aktionsausschuß von Gera-Reuß an alle mitteldeutschen und sächsischen Aktionsausschüsse, die in betracht kommenden Parteien und die Presse Einladungen zu einer Konferenz am Mittwoch, den 14. April, im Gewerkschaftsheim Gera-Reuß ergehen lassen. Die Landesregierung Reuß hat zu demselben Zweck Einladungen an alle in Frage kommenden Regierungen gerichtet.

Verkehrseinschränkungen in Frankfurt a. M.

WTB. Frankfurt a. M., 12. April. Eine neue Verordnung schränkt das Verbot des Verkehrs auf die Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh ein.

Ein Engländer in Frankfurt tätlich angegriffen.

WTB. Frankfurt a. M., 12. April. Anläßlich der Vorkommnisse auf dem Schillerplatz am 7. April, bei denen auch ein britischer Staatsangehöriger von der Menge tätlich angegriffen und ihm sein kinematographischer Apparat geraubt wurde, haben Regierungspräsident Cosmann und Oberbürgermeister Voigt dem britischen Generalkonsul ihr lebhaftes Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. Die Stadt wird voraussichtlich außerdem genötigt sein, entsprechende Entschädigung zu leisten. Es soll deshalb erneut das Ersuchen an die Bevölkerung gerichtet werden, sich künftig jeder aggressiven Stellungnahme zu enthalten.

Freiherr v. Lersner über den Versailler Frieden.

WTB. Köln, 12. April. Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet: Unter außerordentlichem Andrang sprach gestern Dr. Freiherr von Lersner über Versailles und Paris und bezeichnete den Versailler Vertrag als den inneren Grund allen Elends, aller Unruhen, alles Blutvergießens und aller Ausbrüche des Bolschewismus in Deutschland. Er geißelte die Annexionsbestrebungen Frankreichs und stellte unter stärkstem Beifall fest, daß die Reichstreue der Rhein- und Saarlande über jeden Zweifel erhaben sei. In seiner Rede vom 8. Dezember habe Clemenceau erklärt, mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags sei ein Vormarsch nach Deutschland ausgeschlossen, und es habe völlige Einigkeit darüber bestanden, daß ein Einrücken nur nach vorausgegangener Kriegserklärung möglich sei. Frankreich habe den vor wenigen Wochen in Kraft getretenen Vertrag gebrochen und den Frieden Europas gestört. Jetzt sei der Augenblick gekommen, einig zu sein. Wenn ganz Deutschland einig und unentwegt die Vernichtung des Vernichtungsfriedens von Versailles fordere, dann werde an dieser Einigkeit, ebenso wie das Auslieferungsverfahren, der Versailler Vertrag zerschellen.

Die Unabhängigkeit Litauens.

WTB. Kowno, 12. April. Litauische Telegraphen-Agentur teilt mit, daß Rußland die Unabhängigkeit Litauens vorweg anerkenne und sie nicht erst bei den Friedensverhandlungen erörtern wolle, daß es wegen der Grenzen Litauens die von der litauischen Regierung aufgestellte ethnologische Grundlage annehme und hinsichtlich der Städte Wilna und Grodno den litauischen Standpunkt teile. Wegen des Ortes der Friedensverhandlungen wolle es jeden Vorschlag der litauischen Regierung in Erwägung ziehen.

Zur Volksabstimmung in Allensteiner Bezirk.

WTB. Danzig, 10. April. (Verspätet eingetroffen.) Gegenüber dem Dementi der interalliierten Kommission in Marienwerder vom 8. April veröffentlicht die „Danziger Brücke" den von ihr neulich auszugsweise wiedergegebenen Entwurf der Bestimmungen für die Volksabstimmung im Allensteiner Bezirk nach dem ihr zugegangenen Originalabdruck in ihrer Nummer 15.

Ein Gewerkschaftsring der Arbeiter-Angestellten.

WTB. Berlin, 12. April. Der Allgemeine Eisenbahnerverband, der deutschen Gewerkvereine, der Verband deutscher Handlungsgehilfen Leipzig und der Verein deutscher Kaufleute Berlin haben sich zu einem Gewerkschaftsring der Arbeiter und Angestellten zusammengetan.

Börsenschluß auch in Frankfurt und Hamburg.

WTB. Berlin, 12. April. Auch die Hamburger und die Frankfurter Börse sind heute im Anschluß an den Beschluß der Berliner Börse geschlossen.

Wieder ein Grubenunglück.

WTB. Berlin, 12. April. Nach einer Meldung der „B. Z. a. M." aus Bochum, hat auf der Zeche Bruchstraße bei Langendreer eine Explosion stattgefunden. Der Schießmeister, dessen Schuß die Explosion veranlaßt hatte, wurde schwer verbrannt vor seiner Zündmaschine aufgefunden. Man zählt 14 Tote und sieben Schwerverletzte, von denen einer bereits gestorben ist, sowie 19 Leichtverletzte. Die sechs Schwerverletzten befinden sich in Lebensgefahr.

Hindenburgs Glaube an die Zukunft.

Die in Kopenhagen erscheinende „Politiken" bringt jetzt den Abschluß von Hindenburgs Erinnerungen. Aus seiner Darstellung der November-Tage ist u. a. die Mitteilung bemerkenswert, daß General Groener auf der Rückreise von Berlin, wo er vergeblich den Gang der Dinge aufzuhalten suchte, am 6. November abends nur durch einen Zufall nicht in die Hände der Aufständigen fiel. Der Feldmarschall weist auf die Pläne hin, die damals darauf hinzielten, dem Dalein des Feldheeres durch Einrücke in seinen Nachschub ein Ende zu machen, und bezeichnet sie als das größte Verbrechen, das jemals menschlichem Haß entsprang. Schon die Drohung damit führte zur Wehrlosigkeit, der Vorbedingung für das nicht nur vom Haß, sondern auch von der Furcht eingegebene Wort des Feindes „Wehe dem Besiegten!"

Mit einem zuversichtlichen Ausblick schließt die Veröffentlichung. „Deutschland", so sagt Hindenburg, „das so viele unerschöpfliche Werte menschlicher Zivilisation und Kultur aufnimmt und ausstrahlt, wird nicht zugrunde gehen, solange es den Glauben an seine große welthistorische Mission behält. Ich habe den sicheren Trost, daß es der Gedankentiefe und Gedankenstärke der Besten in unserem Vaterlande glücken wird, neue Ideen mit den köstlichen Schätzen vergangener Zeiten zusammenzuschmelzen und neue dauernde Werte zu prägen zum Heile und Segen unseres Vaterlandes.

Zurzeit hat eine Sturmflut wilder politischer Leidenschaften und klingender Redensarten unsere ganze politische Auffassung begraben, und scheinbar alle heilige Ueberlieferung zerstört. Aber diese Flut wird wieder verschwinden, dann wird auf dem ewig unruhigen Meer des Völkerlebens jene Klippe wieder auftauchen, an die sich die Hoffnung unserer Väter einmal geklammert hat, und auf die vor fast einem halben Jahrhundert durch unsere Kraft das deutsche Kaiserreich gegründet wurde. Wenn erst die nationalen Gedankengänge, das nationale Bewußtsein wieder auferstanden sind, werden sowohl aus dem großen Kriege, auf den kein Volk mit berechtigterem Stolz und reinerem Gewissen zurückblicken kann als das unsere, solange es seiner Sache treu blieb, wie auch aus dem Ernst der jetzigen Tage wertvolle geistige Früchte für uns reifen. Diejenigen, die im Glauben an Deutschlands Größe gefallen sind, werden dann Ihr Blut nicht vergebens geopfert haben. Mit diesem Trost lege ich die Feder nieder und baue fest auf Dich: Du deutsche Jugend!"

Belagerungszustand über Jerusalem.

WTB. Amsterdam, 12. April. Laut „Times" ist in Jerusalem der Belagerungszustand verhängt worden. Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden 5 Juden und 4 Mohamedaner getötet, 5 Juden, 22 Mohamedaner und 2 Christen verwundet.

Wilson wieder krank?

WTB. Paris, 12. April. Havas meldet aus London „Daily Mail" glaubt zu wissen, Wilson habe einen Rückfall erlitten. Nach einer Nachricht der „Times" aus New York sind die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Präsidenten beunruhigend.

Halle und Umgegend.

Halle, den 13. April 1920.

Stadtverordneten-Sitzung.

Ein kommunaler Untersuchungsausschuß als Nachklang der Kapp-Unruhen.

Die öffentliche Tagesordnung wies zwar 41 Punkte auf, aber sie waren sämtlich nicht dazu angetan, besondere Spannung zu erzeugen. Die Schulgelderhöhung für die Mittel- und höheren Schulen wurde ohne Debatte hingenommen, denn die Erhöhung ist eine Notwendigkeit, und wenn auch 368 000 Mark dadurch an Mehreinnahmen gewonnen werden, so reicht doch die Summe bei weitem nicht aus, um die Ueberteuerung des Schulbetriebes irgendwie wettzumachen. Eine kurze Debatte gab es lediglich bei dem Antrag, vom Verschönerungsverein die Rechte, die er am Galgenberg hat, gegen eine Reihe von Verpflichtungen auf die Stadt zu übernehmen. Die Unabhängigen wollten sich und der Stadt die Sache leicht machen, indem sie einfach die Rückzahlungspflicht für jene 10 000 Mark, die der Verein unter Bedingungen seinerzeit der Stadt als Zuschuß zum Ankauf gegeben hatte, für nichtig erklären. Dieser etwas summarischen Behandlung der Rechtslage versagten aber nicht blos die bürgerlichen Parteien, sondern auch die Mehrheitssozialisten ihre Zustimmung. Von einer Ehrung des verstorbenen Vorsitzenden des Verschönerungsvereins, Amtsgerichtsrats Bindseil, wollten allerdings auch die Mehrheitssozialisten nichts wissen, weil er in seiner politischen Tätigkeit die Arbeiterschaft bekämpft habe. Aber der Heimgegangene, der sich um die Verschönerung Halles unleugbare Verdienste erworben hat, bekommt die Ehrung: Aufstellung einer Monumentalbank, einer Bindseilbank, doch; denn bei der Abstimmung standen, da Stv. Bock (Unabh.) gerade außerhalb des Saales weilte, 31 gegen 31 Stimmen und der Vorsteher — infolge der Erkrankung des unabhängigen Stv. Hennig war es der Deutschdemokrat Dr. Keil — gab zugunsten der Ehrenbank den Ausschlag.

Sonst ist aus der öffentlichen Sitzung noch ein Antrag bemerkenswert, eine „Volks-Frauenschule" zu errichten. Ihn haben sämtliche weiblichen Mitglieder des Kollegiums gestellt, um den erwerbenden Frauen, die direkt aus der Beschäftigung in der Fabrik oder im Kontor bei der Eheschließung in den Beruf der Hausfrau eintreten, eine Ausbildungsmöglichkeit zu geben. Frau Mampel begründete ihn und hielt damit ihre Jungfernrede.

Waren in der öffentlichen Sitzung die vielen Punkte der Tagesordnung in glattem Fluß erledigt worden, so brachte die geheime Sitzung um so mehr lebhafte Auseinandersetzungen. Nicht weniger als zwei Stunden verhandelte man über den Antrag, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die das Material zusammenstellen, prüfen und sichten soll zu der Frage, ob sich gegen Oberbürgermeister Rive und jene Polizeibeamten, die wegen ihres Verhaltens in den Kapptagen zurzeit ihre Aemter nicht ausüben, der Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens rechtfertige. Man war sich bei der Behandlung der Sache klar, daß eine solche Kommission natürlich ebenso wenig wie die bekannte Militärkommission das Recht habe, den Oberbürgermeister abzusetzen. Im Publikum spuken nämlich hie und da derartige irrige Anschauungen.

Wie man Oberbefehlshaber wird.

Von

Martin Feuchtwanger.

(Nachdruck verboten.)

Es ist so leicht, ein Großer zu werden, heute, wo die Ordnung wackelt und wo das Rechtmäßige dem Falschen gegenüber nicht die Faust gebraucht, sondern es mit Güte und Verstand in die Bahnen der Norm lenken will.

In Deltzsch hat sich Herr Hans Molka zum Oberbefehlshaber ernannt, er hat Erlasse herausgegeben, amtliche Schriftstücke veröffentlicht, den Landrat verhaften lassen, einen Tag, eine Nacht, noch einen Tag, bis man ihn sich doch energisch anfaßte.

Guckt man hinter die Kulissen dieses Putsches, so öffnet sich eine Komödie, die auf der Bühne zu unglaubwürdig erscheint.

Herr Hans Molka ist ein Gastwirt. Trotz seiner vierundzwanzig Jahre der regelrechte Besitzer einer regelrechten Gastwirtschaft. Da steht er hinter dem Schanktisch und mit Grazie gießt er seinen Kunden ein Glas helles Bier ein, einen Kümmel, einen Nordhäuser. Er streicht sich den Schnurrbart und freut sich darüber, daß er ein Mann von Welt ist. Arbeiter kommen zu ihm, Kutscher, Stellungslose. Es ist ihnen nicht nur um ihr Glas Bier, den Kümmel, den Nordhäuser zu tun. Bei Molka gibt es mehr, gibt es eine Unterhaltung, die die Nerven kitzelt und die weite Perspektiven öffnet.

„Na, was gibts Neues, Herr Molka?"

„Nichts, nicht daß ich wüßte!" Denn Herr Molka pflegt seine Perlen nicht vor die Säue zu werfen, er besitzt politische Kenntnisse und Gefühle sich doch nicht zu vergleichen brauchen mit denen dieser Ahnungslosen, dieser Arbeiter, Kutscher, Stellungslosen.

Erst nach langem Drängen und wenn die Kunden zu ätherneß Zeug schwätzen, öffnet sich Molkas Mund. Jetzt erst steht man, wer er ist, der Herr Molka. Wenn er nur wollte. Wenn er Präsident der Republik werden wollte? Kleinigkeit! Mit Fußtand würden sie zugreifen, diese Schlappschwänze. Aber wozu? Will er gar nicht, der Herr Molka! Denn das ganze System paßt ihm nicht. „Ihr wißt ja natürlich nicht, was das ist, ein System. Aber das System, das ist die Hauptsache. Erst das System, dann das Regieren!"

Und die Arbeiter, die Kutscher, die Stellungslosen lauschen mit offenem Mund den Worten dieses Großen, dieses Staatsmanns, der die Welt in die Tasche stecken könnte, wenn er wollte, und der sich den Schnurrbart dreht.

Und eines schönen Tages will Herr Molka wirklich. Man hat es ihm hinterbracht, daß der Landrat von Manteuffel mit Kapp unter einer Decke gesteckt hat, daß er Arbeiter mißhandeln hat lassen. Die es ihm erzählen, schimpfen und trakeln, aber sie tun nichts dagegen. Schimpfend trinken sie ihr Glas Bier, ihren Kümmel, ihren Nordhäuser.

Herrn Molka reißt die Geduld.

„Ich werde das ändern. Ich werde das abschaffen. Herr Manteuffel hat ausgespielt. Jetzt werde ich den Befehl übernehmen."

Und die Arbeiter, Kutscher, Stellungslosen tun mit, trunken von Herr Molkas Worten, trunken vom Nordhäuser und Kümmel. Zwölf Mann, vierundzwanzig Mann, sechsunddreißig Mann.

Herr Molka wirft sich in Gala und nimmt zwölf seiner Anhänger mit. Mit geladenen Gewehren stehen zehn unten, während er mit zwei Begleitern zu Herrn Manteuffel geht und ihm erklärt, es sei aus, alles sei vorbei, er habe jetzt den Oberbefehl übernommen und der Landrat sei verhaftet. Und dann sagte er noch einiges von Schweinerei.

„Wer sind Sie? Wie kommen Sie dazu?"

„Die ganze Arbeiterschaft steht hinter mir."

Herr Manteuffel fügt sich und läßt sich abführen.

Herrn Molkas Anhang wird größer. Stolz dreht er sich den Schnurrbart, die kleinen Bedenken sind geschwunden. Er verständigt die städtischen Behörden davon, daß sie jetzt unter ihm stehen. Er läßt rote Plakate drucken und unterschreibt sie: Oberbefehlshaber Molka.

Deltzsch ist in größter Aufregung. Die Depesche durchläuft Deutschland: Ein Putsch in Deltzsch.

Und die maßgebenden Behörden, die Herr Molka eigentlich nicht recht anerkennt, die Schlappschwänze, begeben sich zum Herrn Oberbefehlshaber, der sie mit Gönnermiene empfängt. Aber schon nach wenigen Minuten wird aus der Gönner- eine Armsündermiene; denn er sieht, wie aus seinen sechsunddreißig Mann wieder vierundzwanzig werden, zwölf, noch weniger, und daß man doch nicht ganz so schlapp ist . . . Er denkt an seinen Bier- und Schnapsausschank, an seine bürgerliche Existenz und er stammelt Entschuldigungen; er habe es gut gemeint, er sei getäuscht worden, man dürfe es ihm nicht übel nehmen und er lege unter diesen Umständen sein Oberbefehlshaberamt gerne in andere Hände . . .

Er steht wieder hinter dem Schanktisch und gießt den Kunden Bier, Nordhäuser, Kümmel ein und wer ihn nach seinen Erlebnissen fragt, wird barsch angefahren.

Erst über Jahr und Tag wird er erzählen, wie er Oberbefehlshaber war und daß er ganz Deutschland in die Tasche gesteckt hätte, wenn er nur gewollt hätte und wenn er nicht Mitleid mit den Herrn gehabt hätte.

Julius Kühn, der Begründer des Landw. Instituts zu Halle.

Zum Gedächtnis an seinem 10. Todestage am 14. April.

Von

E. Robert Hillmann.

Ungefähr im Mittelpunkte der Stadt Halle, von der Kreuzung der Sophien- und Wilhelmstraße bis zur Wuchererstraße, liegt ein Komplex von Häusern, in denen zum Wohle der Landwirtschaft wissenschaftlich gearbeitet wird: Das landwirtschaftliche Institut. Sein Begründer und Ausbauer war Julius Kühn, der damit auch für die Stadt Halle von großer Bedeutung wurde.

Prof. Julius Kühn (geb. am 23. Oktober zu Pulsnitz in der Oberlausitz) entstammte der Landwirtschaft. Ihr widmete er sich, nachdem er die Technische Hochschule zu Dresden verlassen, zunächst praktisch als Verwalter des gräflich von Schlieffenschen Gutes Gr.-Krausche in Schlesien. Nebenbei beschäftigte er sich wissenschaftlich mit Unter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200413016/fragment/page=0002

Es ist nicht zulässig, aus den Verhandlungen nähere Mitteilungen zu machen. Wohl aber kann als bemerkenswert die eine Tatsache berichtet werden, daß Bürgermeister Seydel erklärte: der Magistrat hat einmütig hinter der Verfassung gestanden und er hat einmütig, als jene Verhaftungen von Magistratsmitgliedern erfolgten, beim Garnisonkommando dagegen protestiert. Eine Erklärung in der Oeffentlichkeit, daß er hinter der Verfassung stehe, habe der Magistrat um deswillen freilich nicht für nötig gehalten, weil die Magistratsmitglieder erst wenige Tage vorher den Eid auf die Verfassung geleistet hatten und — wo sagte der Bürgermeister ausdrücklich — anständige Menschen halten selbstverständlich ihren Eid.

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses wurde beschlossen; er besteht aus vierzehn Mitgliedern, und zwar sind sämtliche Parteien, auch die kleinsten (Christl. Volkspartei und Deutsche Volkspartei) darin vertreten.

*

Halle, den 12. April 1920.

Stellvertr. Stv.-Vorsteher Dr. Keil teilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Vorsteher Hennig noch erkrankt ist.

Eine von der Sportvereinigung „Olympia" gemachte Eingabe um Ueberlassung eines Teils des Exerzierplatzes an der Dessauer Straße als Sportplatz wird dem Magistrat als Material überwiesen.

Stv. Kleeis teilt mit, daß er infolge seiner Wahl zum Bürgermeister von Aschersleben sein Stadtverordnetenmandat niederlege.

Bürgermeister Seydel führt den eintretenden Stv. Sünderhauf (Deutschdem.) ein.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. In den Sachen städtischen Mietszinssteigerungen wird Dachdeckermstr. Oswald gewählt. Ref. Stv. Osterburg (Unabh.).

Der Stv. Sorger gehörte als Mitglied dem Petitions-, dem Rechnungs-Revisions- und dem Wahlausschuß an. Die durch seine Mandatsniederlegung erforderlichen Neuwahlen werden vorgenommen. Berichterst. St. Herzfeld.

Der Punkt 3 betrifft Erwerb von Rechten am

Galgenberg.

Stv. Balke (Deutschdem.) berichtet darüber. Die jetzt eingefriedigten Teile des Galgenbergs — die Stadtgärtnerei und der Schulgarten — hat die Stadt im Jahre 1906 als Privatgrundstück erworben. Der angrenzende Teil, auf dem auch der Wasserbehälter des Giebichensteiner Wasserwerks steht, war schon lange Besitz der Gemeinde Giebichenstein; mit der Eingemeindung ist er Eigentum der Stadt Halle geworden. Die Restfläche des Galgenbergs gehörte bis 1905 dem Domänenfiskus. Als der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1908 eine Vorlage gemacht hatte auf Erwerb dieser rund 36 680 Qm. großen domänenfiskalischen Fläche für 30 000 Mark, die Stadtverordnetenversammlung aber wegen des hohen Preises die Vorlage abgelehnt hatte, stellte der Verschönerungsverein der Stadtgemeinde zu den Ankaufskosten des domänenfiskalischen Teiles des Galgenbergs einen Beitrag von 10 000 Mark zur Verfügung. Er knüpfte daran die Bedingung, daß der ganze Berg dem Verein zur Herstellung eines öffentlichen Parkes überlassen bleibt. Das Angebot wurde angenommen; die Stadt ist somit Eigentümer des ganzen Galgenbergs, der Verschönerungsverein dagegen hat das Recht, dort einen öffentlichen Park herzustellen. Der gegenwärtige Vorstand des Vereins steht den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend auf dem Standpunkt, den der Magistrat durchaus teilt, daß der Galgenberg als bedeutsames Schmuckstück der Stadt Halle nicht von einem Verein, sondern von der Stadtgemeinde selbst auszugestalten ist. Er hat sich bereit erklärt, alle seine Rechte am Galgenberg unter folgenden Bedingungen an die Stadtgemeinde abzutreten:

1. Die Stadtgemeinde hat auf ihre Kosten zum Gedenken des bisherigen Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Dr. Bindseil, auf dem Galgenberge eine bleibende Ehrung, vielleicht in Form einer Monumentalbank oder ähnlichem im Einverständnis mit dem Vereinsvorstand zu schaffen und dort einen Platz oder Weg mit dem Namen Bindseil zu benennen;
2. die Stadtgemeinde zahlt dem Verein einen einmaligen Beitrag von 10 000 Mark und stellt zunächst in ihren Haushaltsplan für 1920 einen an den Verschönerungsverein zu zahlenden Beitrag von 1000 Mark ein;
3. die Stadtgemeinde hat den seit 21 Jahren im Dienste des Vereins stehenden Anlagenaufseher Hädicke in städtische Dienste als Aufseher zu übernehmen.

Der Verschönerungsverein war ferner bereit, auch seine Rechte an der Fiebigerschucht der Stadtgemeinde abzutreten.

Stv. Steinbrück empfiehlt namens des Haushaltsausschusses die Annahme der Vorlage.

Stv. Osterburg (Unabh.) bekämpft die Vorlage. Es bestehe keine Verpflichtung, für die Uebernahme jener Rechte dem Verschönerungsverein Gelder zu zahlen. Der verstorbene Vorsitzende Dr. Bindseil sei kein Freund der Arbeiterschaft gewesen und verdiene keine Ehrung.

Stv. Müller (Mehrheitsso.) erklärt sich namens seiner Partei für die Abfindung des Vereins, aber gegen die Bindseil-Ehrung.

Die Magistratsvorlage wird jedoch angenommen, davon die Bindseil-Ehrung mit 31 gegen 31 Stimmen, wobei die Stimme des Vorsehers Keil (Deutschdem.) den Ausschlag gibt.

4. Die Landwirtschaftskammer beabsichtigt, auf ihrem Grundstück Merseburger Straße 74 (Olympia-Park) größere Werkstatt- und Betriebsgebäude zu errichten. Um die Entwässerungsmöglichkeit für diese Neubauten zu schaffen, hat sie beantragt, den Kanal der Merseburger Straße, der jetzt nur bis zur Artilleriekaserne reicht, bis an ihr Grundstück zu verlängern. Die Herstellungskosten dieser etwa 212 Meter langen Kanalstrecke betragen 100 000 Mark. Da die Erbauung des Kanals zurzeit nur im Interesse der Landwirtschaftskammer erfolgt, erscheint es geboten, diese zu den Kosten beitragen zu lassen. Die Stadtgemeinde übernimmt den festen Betrag von 25 000 Mark, während die Landwirtschaftskammer die übrigen Kosten zu tragen bereit ist. Der Kanal wird mit dem Bau Eigentum der Stadtgemeinde. Die Vorlage wird bewilligt. Ref. Stv. Minner (Deutschdem.).

5. Um die Kleider des Personals im Stadthad vor Diebstahl zu schützen, ist zu deren Aufbewahrung die Beschaffung von zwei neuen Kleiderschränken und die Abänderung der Wäscheschränke zu Kleiderschränken notwendig. Die Kosten in Höhe von 3500 Mk. werden genehmigt. Ref. Stvv. Lehmann (Deutschdem.) und Ritter (Deutschdem.).

6. Der Johanneschule an der Liebenauer Straße gegenüber sind die Wohnhäuser des Bauvereins für Kleinwohnungen errichtet worden. Die äußerst schlechte Chausseierung in dieser Strecke der Liebenauer Straße kann nicht belassen werden. Mit Rücksicht auf die Schule könnte die Herstellung geräuschlos in Asphalt in Frage kommen. Holzbelag und Asphalt sind aber viel zu teuer oder überhaupt nicht zu beschaffen. Es wird deshalb die Herstellung von Schlackenteerpflaster in Vorschlag gebracht. Die Kosten sind veranschlagt auf 77 000 Mark. Für den Einbau von Entwässerungseinrichtungen sind auszuwenden 7000 Mark. Die Versammlung stimmt zu. Ref. Stvv. Wolf und Brömme (Unabh.).

7. Für bauliche Veränderungen in der Weingärtenschule werden 2865 Mark nachbewilligt.

8. Für die Instandsetzung der Fremdenzimmer usw. in Bad Wittekind bewilligt man 12 000 Mark und ferner 6000 Mark für die Einrichtung von Wohnungen.

9. Der Magistrat hat beschlossen, von Ostern 1920 ab an den städtischen Schulen folgende

neue Schulgeldsätze

jährlich zu erheben:

a) an den Mittelschulen nach dem Vorschlage der Schuldeputation für einheimische Kinder 84, 72, 60 Mk., für auswärtige Kinder 96, 84, 72 Mark;
b) an den höheren Schulen nach dem Vorschlage des Schulausschusses für die höheren Mädchenschulen (der Beschluß ist den Unterlagen für den Haushaltsplan 1920 beigefügt): für einheimische Schüler und Schülerinnen 220, 200, 180 Mk., für auswärtige Schüler und Schülerinnen 300, 280, 260 Mk.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat durch den Erlaß vom 4. Oktober 1919 bestimmt, daß die staatlichen und die vom Staate unterstützten Anstalten vom 1. Oktober 1919 ab höhere Schulgeldsätze erheben, und den Patronaten der übrigen höheren Lehranstalten und der Mittelschulen anheimgegeben, den Erlaß ebenfalls durchzuführen. Das Schulgeld der oberen Klassen soll 220, der mittleren und unteren Klassen 200 Mark betragen. Der Magistrat konnte sich nicht dazu entschließen, das Schulgeld mitten im Jahre und mit rückwirkender Kraft zu erhöhen, und ist auch der Ueberzeugung, daß das Schulgeld nicht allzuhoch sein darf. Auch wird es für richtiger gehalten, statt verschieden Sätze für die oberen und unteren Klassen zu erheben, das bisher geltende Verfahren beizubehalten und das Schulgeld für das 1. 2 und 3. Kind derselben Familie abzustufen, so daß kinderreiche Familien einige Erleichterungen erfahren. Nach der Berechnung würde bei der Annahme des Magistratsantrags sich eine Mehreinnahme an Schulgeld von 367 842 Mark für das Jahr 1920 ergeben.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage. Ref. Stv. Busse (Deutschvat.)

Die Punkte 10 bis 27 betreffen Nachbewilligungen für Bauarbeiten beim städtischen Arbeitsamt Großer Berlin 14, ferner bei der Unterhaltung vermieteter und verpachteter Grundstücke, für bauliche Veränderungen im Amt für Obdachlose, für eine Umfassungsmauer am Spielplatz der Lutherschule, für Neubildung in der Neumarktschule, für Bauarbeiten im Stadtgymnasium, für Umsäumung des Wirtschaftsgartens am Alters- und Pflegeheim, Aufwendungen für die Waschküche daselbst sowie für Rohrleitungen, für Instandsetzung von Fußböden in der Hauptfeuerwache, für Instandsetzungsarbeiten an der Heizungsanlage der Glauchaschule, Abortanlage im Grundstück Glauchaer Straße, für die Gondelhäuser an der Saale, weiter für Buchenriemenfußböden in der Johanneschule, für bauliche Veränderungen in den Räumen der Kriminalpolizei sowie bei der Polizeiwache in Trotha und für Bauarbeiten im Zoo.

Punkt 28 fällt aus.

Punkt 29 betrifft die Einrichtung von Mutterschulkursen, denen die Stadtverordnetenversammlung zustimmt. Dabei kommt ein Antrag zur Besprechung, den sämtliche Frauen des Stadtverordnetenkollegiums eingereicht haben. Sie wünschen darin, daß in der Lutherschule

eine Volksfrauenschule

eingerichtet werden möge. Frau Mampel (Deutschnat.) berichtet darüber. Die Mutterschulkurse haben einen starken Zulauf gefunden und den Gedanken nahegelegt, eine Volksfrauenschule zu schaffen. Die berufstätigen Frauen sind oft genötigt, aus der Fabrik oder dem Büro heraus bei ihrer Verheiratung ohne Vorbereitung den Hausfrauenberuf zu übernehmen. Dazu soll die Volksfrauenschule sie fähig machen, indem sie ihnen allerlei Anleitung gibt, um sie in den Stand zu setzen, das Einkommen des Mannes ökonomisch zu verwalten, ein behagliches, ordentliches Heim zu schaffen und die Kinder richtig zu erziehen.

Der Antrag wird dem Magistrat als Material überwiesen.

30. Zu dem hier stattfindenden Vertretertag des Deutschen Lehrervereins bewilligt man 2000 Mark.

31. Der Haushaltsplan der Assessor-Müller-Stiftung wird genehmigt.

32. Dem Oberlehrer Frank und dem Oberlehrer Schumacher bewilligt man je 300 Mark zur Beteiligung am Ruderlehrgang in Grenzau.

33. Für Malerarbeiten im Stadtgymnasium werden 1041 Mark Mehrkosten bewilligt.

34. Gesuch der Lehrer der Pestalozzischule um Erhöhung ihrer Amtszulagen wird bis zur Neuregelung der Lehrer- und Beamtengehälter zurückgestellt.

35. Die Versammlung beschließt die Uebernahme der Begräbniskosten für die bei den Kämpfen in und um Halle Gefallenen.

36. Für die Zentralheizungs-, Maschinen-, Stark- und Schwachstromanlagen im Zoologischen Garten und Bad Wittekind werden 4000 Mark nachbewilligt.

37. Desgleichen zur Verstärkung des Kapitels 7 B 24 660 Mk.

38. Zu Lasten des Schlachthofetats werden für den Schlachthof 69 768 Mark und noch erforderliche 25 000 Mk. nachbewilligt.

39. Die Eingabe des Bahnarbeiters Böhme, ihm zum Bezuge von Milch für sein krankes Kind zu verhelfen, wird für inzwischen erledigt erklärt, doch führt Stv. Kurbs Beschwerde über das Verhalten des Arztes der Armenverwaltung, Sanitätsrats Dr. Schuchardt, der wie in anderen Fällen auch hier die Hilfesuchenden nicht ordnungsmäßig behandelt habe. Er habe erklärt, das Kind sei fett wie ein Aal und brauche keine Milch. Gerade aber das Gegenteil habe nachher von einwandfreier Seite festgestellt werden können, so z. B. von Frau Gra. Kulke. Die Armenverwaltung müsse gegen solches Verhalten einschreiten.

Stadtrat Pfautsch erklärt, daß er nach Prüfung der Sache sofort Veranlassung genommen habe, für das Kind Milch zu bewilligen. Die Sache sei in diesem Falle vom Ernährungsamt zu regeln gewesen. Es seien bereits Schritte getan, um gegenüber den gerügten Mißständen Abhilfe zu schaffen.

Punkt 40 fällt aus.

41. Der Antrag des Gemeinnützigen Siedlungsvereins Seeber auf Ueberlassung des Aderlandes zwischen Bahnhof Trotha und Hallescher Straße zur Kleinbewirtschaftung wird dem Magistrat als Material überwiesen.

Der öffentliche folgte sodann eine geheime Sitzung.

Das „sachverständige" Publikum.

In der Großen Ulrichstraße kam vor einigen Tagen ein Kind der Elektrischen Straßenbahn zunahe. Es wurde infolgedessen umgeworfen, der Wagenführer vermochte jedoch den Wagen schnell zum Stehen zu bringen. Mehrere Personen sprangen hinzu und boden das Kind auf. Es hatte für Patenangen nur leichte Verletzungen am Kopfe davongetragen, ferner wollte es das Glück, daß zwei des Weges kommende Militärärzte herbeieilten und sich des kleinen Pechvogels freundlichst annahmen, um ihn ins nächste Haus zu führen und dort weitere, etwa notwendige Hilfe zu leisten.

Das Publikum hätte sich darüber vernünftigerweise freuen sollen. Aber was tat es? Einige Damen nahmen sofort sichtlich erregt Stellung gegen die beiden Aerzte, weil diese das Kind nicht trugen. Dazu war indessen erstens gar keine Veranlassung ersichtlich; denn das Kind ging augenscheinlich ohne jede Beschwerde dahin, zweitens aber erklärten die Aerzte sofort mit deutlichster Stimme den Damen, daß sie das Kind nur deshalb nicht trügen, weil die Art, wie es seinen linken Arm hatte, den Verdacht eines Armbruches hervorriefe und weil es ebenso sehr leicht möglich wäre, daß auch eine der im Kindesalter ja leicht verbrechlichen Rippen Schaden gelitten hätte und dann beim Hochheben des Kindes auf die Arme eines Erwachsenen in die Lunge des Kleinen eindringen würde.

In der Tat braucht man sicher nichts von Medizin zu verstehen, um diese Gründe als ausschlaggebend anzuehmen!

Die Damen und mit ihnen das inzwischen ständig anschwellende Publikum waren indessen nicht zu belehren, sondern sie meinten mit dem plötzlich auftauchenden Vater des Kindes, daß dieses getragen werden müßte. Ueberhaupt zeigte sich kaum eine einzige Person aus der Menge über die schnellen, hilfsbereiten Bemühungen der Aerzte irgendwie erfreut, sondern der Widerspruch wurde derart laut, daß sich die beiden Fachleute kopfschüttelnd und mit Ausdrücken des Bedauerns schließlich zurückzogen.

Das „sachverständige" Publikum! Dr.

Familien-Nachrichten

Geboren: Karl Roessing (S.).

Verlobt: Erna Schulze — Hellmut Meinhardt, Bankbeamter (Halle); Gretel Rust (Halle) — Otto Plötner (Weimar); Anna Maria Baale (Halle) — Leopold Friedrich Rat (Zürich); Erna Behrens (Wittenberg) — Paul Moritz (Rathenow); Emma Köbel (Gröbzig) — Gutsbesitzer Walter Mangraf (Kleinwischleben); Margarete Koenne — Richard Lerch (Naundorf); Ida Fiek (Ahrer (Tuft) — Willi Ehmann (Düsseldorf); Elsbeth Heinichel (Mansfeld) — Karl Rieger (Kl.-Mansfeld); Anna Rüssamen (Siegen) — Gideon Lins (Gotha); Anna Langheinrich (Georgenthal) — Willy Peters (Burghart); Rosa Hartjen — Lehrer Fritz Heß (Gotha).

Vermählt: Bernhard Trabert (Halle) — Charlotte Richter (Zwickau i. S.); Hans Thiedemann — Frida Lier (Halle); Paul Bergmann — Elsbeth Schulze (Halle); Otto Häring — Martha Michel (Weißenfels); Walter Grashof — Lucie Zeisenciß (Magdeburg).

Gestorben: Leopoldine Bock geb. Tambach (Halle); Pauline Burghardt (Halle); Karl Auerswald (Halle); Oberpostschaffner Fr. Reinhardt (Halle); Frau Christiane Kohl (Niemberg); Witwe Marie Raute geb. Gehrmann (Halle); Frl. Luise Bulchbeck (Halle); Marie Ehricht geb. Funk (Halle); Gastwirt Walter Ludwig (Teuchern); Artur Paser (Weißenfels); Ludwig Bittkau (Schönebeck); Landwirt Otto Seifert (Zinna); Ziegelbrenner Heinrich Gothe (Bernburg); Expedient Friedrich Wetter (Bernburg); Alfred Behrens (Gudenburg); Kurt Griebel (Altenfeld); Proviantsekretär Bernhard Preßchmer (Gotha); Lehrer Artur Köhler (Gotha).

Provinzial-Nachrichten.

✤ Rahnitz, 12. April. (Scharen von Wildtauben,) die aus den Winterquartieren zurückgekehrt waren, wurden in letzter Zeit in den hiesigen Waldungen beobachtet.

n. Weißenfels, 12. April. (Opfer der Unruhen.) Während der hiesigen Märzkämpfe fanden 9 Angehörige der Sicherheitspolizei und 10 Zivilpersonen den Tod. In das Krankenhaus wurden 14 verwundete Zivilisten eingeliefert, von denen einer gestorben ist.

n. Weißenfels, 12. April. (Die Arbeiter der hiesigen Papierfabrik) sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen die Bezahlung der Streiktage vom März und gleichzeitig auch die gegenwärtigen, die der Erzwingung der ersten Forderung dienen sollen.

n. Teuchern, 12. April. (Schieberei.) Der Kreuzschauer Wachtmeister fand bei Durchsuchung des Händlers Frische aus Leipzig eine Menge Lebensmittel, die dorthin verschoben werden sollten, u. a. 14 Zentner Weizen, 4 Ztr. Mehl, 2 Ztr. Hafer, 40 Pfund Bohnen, 26 Pfund Mark. Alles Vorgefundene wurde beschlagnahmt.

Zimmern, 12. April. (Das Stutenhaus) wird jetzt wieder in vollem Umfange wie früher bewirtschaftet. Es ist am 1. April in den Besitz eines neuen Wirtes übergegangen, der es neu eingerichtet hat.

Naumburg a. S., 11. April. (Auch die Stelle des Generalstabsoffiziers) der Reichswehrbrigade XVI. ist nunmehr neu besetzt worden. An die Stelle des Hauptmann Jacobsen ist Major Ilschner vom Reichswehrministerium getreten.

() Langensalza, 12. April. (Mord an einem Reichswehrsoldaten.) Am 2. Osterfeiertage wurde der 18jährige Reichswehrsoldat Josef Scheider aus Heiligenstadt in der Nähe von Eckartsleben tot und ausgeplündert aufgefunden. Scheider, der der Reichswehr-Staffel 11 in Langensalza angehört, befand sich auf einem Dienstwege; er ist wahrscheinlich abgeirrt, so daß er nicht wieder zu seiner Truppe kam. Verbrecher haben dann dem jungen Manne den Schädel eingeschlagen und aus seinem Karabiner auf die Leiche geschossen.

Tangermünde, 12. April. (Die Verhaftungen der Hauptbeteiligten) am Kommunistenputsch sind im Laufe der letzten Tage fortgesetzt worden und haben bis jetzt ungefähr die Zahl 100 erreicht. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, der beiden Drahtzieher Hörstel und Schröder habhaft zu werden.

Hannover, 12. April. (Eine peinliche Schiebergeschichte) wurde hier aufgedeckt. Ein ganzer Waggon Industriezucker, der für hiesige Fabriken bestimmt war, wurde durch Anbringung falscher Begleitzettel und Unterschiebung gefälschter Frachtbriefe als Hafer nach dem Bahnhof Pyrmont verschoben. Der dortige Landrat, der die verbrecherische Herkunft des Zuckers nicht kannte, hatte die Ladung gekauft, um die Pensionen Pyrmonts mit Zucker zu versorgen. Der Zucker war bereits abgeliefert, die Kaufsumme mit 250 000 Mark bezahlt, als die Polizei erschien und den Zucker beschlagnahmte. Einige Personen wurden verhaftet.

Vermischtes.

Der [illegible] Mordsmörder gestig gestorben. Der [illegible] Mörder Friedrich Schumann, dessen Mordtaten noch in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200413016/fragment/page=0003

frischer Erinnerungen seit Kästen, wird nun doch von der strafenden Gerechtigkeit erreicht werden, nachdem sein Versuch, den Geisteskranken zu spielen, völlig mißlungen ist. Die von zwei Gerichtsärzten vorgenommene Untersuchung und längere Beobachtung des Massenmörders hat ergeben, daß er geistig gesund und für seine Schandtaten voll verantwortlich zu machen ist. Die Anklageschrift ist fertiggestellt. Diese umfaßt 54 Fälle schwerer Verbrechen, darunter 7 vollendete Morde, 13 versuchte Morde, zahlreiche Notzuchtsverbrechen, Brandstiftungen und Einbruchsdiebstähle.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Berliner „Preußen" in Halle.

Am kommenden Sonntag, den 18. April, tritt der Mitteldeutsche Altmeister V. f. L. Halle auf dem Sportplatz am Zoo der bekannten Ligamannschaft des Berl. F. C. Preußen gegenüber. Die Berliner, die hier immer nur seltene Gäste gewesen sind, zählen gegenwärtig zu den spielstärksten Mannschaften Berlins.

Die Rennen am Sonntag.

Dortmund.

Eröffnungsrennen (12 000 Mark, 1600 Meter): 1. Kirchbach, 2. Iri Burnu, 3. Parma. Tot.: Sieg 30 : 10, Platz 26, 21 : 10. 5 liefen.

Kronenburg-Jagdrennen (12 000 Mk., 3200 Meter): 1. Wildtaube, 2. Camelot, 3. Funser. Tot.: Sieg 41 : 10, Platz 26, 35, 44 : 10. 12 liefen.

Jungfern-Rennen, 3j. (12 000 Mark, 1300 Meter): 1. Champagne, 2. Quellwasser, 3. Wasserratte. Tot.: Sieg 188 : 10, Platz 26, 14, 12 : 10. 8 liefen.

Osterpreis, Ausgleich (20 000 Mark, 1800 Meter): 1. Turban, 2. Feuerturm, 3. Husar. Tot.: Sieg 14 : 10, Platz 11, 14 : 10. 4 liefen.

Frühjahrspreis, Jagdrennen (15 000 Mark, 3500 Meter): 1. Pilgrim, 2. Lucretia, 3. Pankgraf. Tot.: Sieg 26 : 10, Platz 12, 12, 20 : 10. 7 liefen.

Verkaufsrennen (14 000 Mark, 1400 Meter): 1. Schweizermühle, †2. Remlin, †2. Haeckel. Tot.: Sieg 15 : 10, Platz 12, 22, 13 : 10. 7 liefen.

Landgrafen-Rennen (15 000 Mark, 2000 Meter): 1. Scarpia, 2. Wilddieb, 3. Orchis. Tot.: Sieg 123 : 10, Platz 29, 31, 16:10. 8 liefen.

Karlshorst.

Eichen-Jagdrennen (15 000 Mark, 3400 Meter): 1. Excelsior, 2. Götterknabe, 3. Eibers Glorie. Tot.: Sieg 39 : 10, Platz 12, 12, 11 : 10.

Elsenberg-Hürdenrennen (15 000 Mk., 2800 Meter): 1. Pinsk, 2. Friedensritter, 3. Mondnacht. Tot.: Sieg 12 : 10, Platz 12, 17 : 10.

Schüler-Jagdrennen, Herrenreiter (Ehrenpreis um 30 000 Mark, 4200 Meter): 1. Freilauf, 2. Rosenkönig, 3. Rheinpreußen. Tot.: Sieg 68 : 10, Platz 15, 14, 17 : 10.

Wellaunde-Jagdrennen (16 000 Mk., 3600 Meter): 1. Naleweis, 2. Sieg, 3. Opbelia.

Wannsee-Jagdrennen, Herrenreiter (Ehrenpreis um 12 000 Mark, 3400 Meter): 1. Strolch, 2. Kurzkehrt, 3. Cormoran. Tot.: 28 : 10.

Frühjahrs-Jagdrennen, 4j. (12 000 Mark, 3000 Meter): 1. Lallo, 2. Feldstein, 3. Altbraa. Toto: Sieg 11 : 10, Platz 22, 18, 17 : 10.

Dresden.

Preis von Lindenau (9000 Mk., 1400 Meter): 1. Glatteis, 2. Saloniki, 3. Jodler. Tot.: Sieg 17 : 10, Platz 14, 89, 16 : 10. 10 liefen.

Preis von Torgau (9000 Mk., 1500 Meter): 1. Enver, 2. Hüteger, 3. Milton und Padua (totes Rennen). Tot.: Sieg 21 : 10, Platz 12, 13, 10 : 10. 7 liefen.

Preis vom Weißen Hirsch, Jagdrennen, Herrenreiten (Ehrenpreis und 10 000 Mark, 3500 Meter): 1. Rene, 2. Doda, 3. Triumph II. Tot.: Sieg 21 : 10, Platz 14, 19, 31 : 10. 8 liefen.

Dresdner Flieger-Ausgleich (25 000 Mark, 1200 Meter): 1. Lotje, 2. Taurus, 3. Wirbel. Tot.: Sieg 72 : 10, Platz 29, 13, 58 : 10. 11 liefen

Preis von Lichtenwalde, Herrenreiten (Ehrenpreis u. 10 000 Mark, 2000 Meter): 1. Florett, 2. Hanswurst, 3. Metronom. Tot.: Sieg 29 : 10, Platz 12, 11, 15 : 10. 7 liefen.

April-Ausgleich (10 000 Mark, 1600 Meter): 1. Konrad, 2. Judling, 3. Sperber. Tot.: Sieg 44 : 10, Platz 17, 25, 16 : 10. 7 liefen.

Hannover.

Preis von Barsinghausen, 3j. (12 000 Mark, 1400 Meter): 1. Palme, 2. Larissa, 3. Ludowika. Tot.: Sieg 64 : 10, Platz 21, 11 : 10.

Preis von Wildemann, 3j. H. (12 000 Mark, 1000 Meter): 1. Komponist, 2. Symbol, 3. Falter. Tot.: Sieg 100 : 10, Platz 31, 17 : 10.

Lenz-Rennen (15 000 Mark, 1200 Meter): 1. Laubfrosch, 2. Leutnant, 3. Marc Aurel. Tot.: Sieg 36 : 10, Platz 15, 14, 21 : 10.

Steinhuder-Jagdrennen (12 000 Mark, 3000 Meter): 1. Digitalis, 2. Gemsjäger, 3. Maßlag. Tot.: Sieg 28 : 10, Platz 14, 14 : 10.

Preis von Bemerode (12 000 Mark, 1400 Meter): 1. Masepa, 2. Ahnfrau, 3. Eichwald. Tot.: Sieg 43 : 10, Platz 15, 14, 12 : 10.

Gradiz-Rennen (12 000 Mk., 1500 Meter): 1. Maas, 2. Reinfall, 3. Galata. Tot.: Sieg 23 : 10, Platz 14, 22 : 10.

Bennigsen-Rennen (12 000 Mark 1200 Meter): 1. Schanze, 2. Herzenkind, 3. Steinnelke. Tot.: Sieg 103 : 10, Platz 49, 39:10.

Preis von Burgwedel, Jagdrennen (12 000 Mk., 3600 Mtr.): 1. Lafette, 2. Rumpleratude II, 3. Reikaus. Tot.: Sieg 29 : 10, Platz 17, 22 : 10.

Großer Hannoverscher Ausgleich (Ehrenpreis u. 30 000 Mk., 1600 Meter): 1. Banco, 2. Wellenbrecher, 3. Freda. Tot.: Sieg 337 : 10, Platz 69, 34, 25 : 10.

Sullivan-Rennen (12 000 Mark, 2000 Meter): 1. Soldau, 2. Der Sogenannte, 3. Finnmark. Tot.: Sieg 21 : 10, Platz 12, 14 : 10.

Ausgleich der Dreijährigen (12 000 Mark, 1400 Meter): 1. Civilist, 2. Orlog, 3. Margrit. Tot.: Sieg 24 : 10, Platz 14, 16 : 10.

Preis von Seehausen, Jagdrennen (15 000 Mk., 3200 Meter): 1. Dinklina, 2. Hallil, 3. Fustanella. Tot.: Sieg 65 : 10, Platz 31, 25 : 10.

Orient-Rennen (12 000 Mark, 1300 Meter): 1. Falkenhayn, 2. Toijon, 3. Marr. Tot.: Sieg 60 : 10, Platz 27, 24 : 10.

Rudersport.

Der Hallesche Ruder-Verein „Wölberg" von 1884 e. V. hat seit Sonntag seine täglichen, regelmäßigen Uebungsfahrten auf der Saale in Wölberg wieder aufgenommen. In diesem Jahre wird besonderes Gewicht auf die gründliche, einheitliche Ausbildung aller ausübenden Mitglieder im Rudern gelegt. Die Oberleitung des gesamten Ruderbetriebes liegt in den Händen des Vorstandsmitgliedes und Rudertältesten Karl Klappenbach; ihm zur Seite stehen die Vereinsruderwarte Erich Timpernagel, Otto Schumann und Hermann Richter. Außerdem unterrichtet der bekannte Berufsruderlehrer Daniel Kölma die Anfänger und hauptsächlich diejenigen ausübenden Mitglieder, die sich dem Rennrudersporte widmen wollen. Der Ruderlehrer wohnt im Bootshause in Wölberg und steht jederzeit den Mitgliedern für den Unterricht im Rudern zur Verfügung.

Die Grundlagen für großzügige Pflege und Förderung des Ruder- und Rennsportes hat sich der H. R. V. „Wölberg" nicht nur durch Schaffung seines Eigenheimes in Wölberg gebildet, sondern auch durch Anstellung eines Berufsruderlehrers die Grundlagen für weitere rennsportliche Erfolge.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Eine beruhigende amtliche Meldung zu den Vorgängen an den deutschen Börsen.

Berlin, 12. April. (Eigene Drahtnachricht.) Amtlich wird berichtet: Ueber die amtliche Notiz über die bevorstehende Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere an der Berliner Börse und auch sonst ist eine Erregung entstanden, die zur Zeit des Abschlusses des Friedensvertrages verständlich gewesen wäre. Nachdem der Friedensvertrag abgeschlossen ist, bleibt die deutsche Regierung jedoch verpflichtet, den Friedensvertrag zu erfüllen und muß alles vorbereiten, um am 10. Juli 1920 die Uebermittlung der in § 20 der Anlage zu Artikel 298 des Friedensvertrages bezeichneten Papiere vornehmen zu können. Im übrigen ist der angekündigten Beschlagnahme seitens der Börse eine weit größere Bedeutung beigemessen worden, als sie tatsächlich hat. Da sich diese Bestimmungen nur auf Aktien, Kuxe, Interimsscheine, Genußscheine, Schuldverschreibungen usw. aller Gesellschaften beziehen, die am 10. Januar 1920 ihren Sitz, wie in der amtlichen Notiz bereits ausgeführt, im britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Bosnien, Brasilien, Guatemala, Peru, Polen, Siam, Tschechoslowakei, Uruguai, sowie im slovakisch-kroatisch-serbischen Staat einschließlich der Kolonien, Besitzungen und Protektoratsländern dieser Staaten oder in den durch den Friedensvertrag an diese Staaten abgetretenen ehemals deutschen Gebieten oder anderen durch den Friedensvertrag abgetretenen ehemals deutsche Schutzgebieten haben, fallen nur verhältnismäßig wenig Wertpapiere unter die Beschlagnahme. Soweit hier zu übersehen, handelt es sich von den an der Berliner Börse notierten Papieren lediglich um Kanada Pazifik Shares und die Aktien der italienischen Meridionalbahn, der italienischen Mittelmeerbahn, der westsizilianischen Bahn und wahrscheinlich um die Anteile der Pomona Diamantengesellschaft, sofern sie ihren Sitz vor dem 10. Januar 1920 nach Südafrika verlegt hat. Ob indessen die Aktien der zuletzt genannten Diamantengesellschaft zur Auslieferung gelangen werden, steht noch nicht fest, da angesichts der Verhandlungen über deren Aufgehen in eine große südafrikanische Diamantengesellschaft schweben, wozu die Stellungnahme der Südafrikanischen Union abgewartet werden muß. Von in den abgetretenen Gebieten existierenden Gesellschaften fallen nur die Aktien solcher Unternehmungen darunter, die ausdrücklich durch die Gesetzgebung den Staaten zu belassen sind, die den Frieden ratifiziert haben. Es fallen nach dieser Auslegung also nicht darunter die Aktien der Ostbank für Handel und Gewerbe, wohl aber die Anteile an solchen Gesellschaften, die in der Zeit nach dem Abschluß des Waffenstillstandes bis zum Friedensvertrag seitens der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen durch einen Gesetzgebungsakt zugelassen worden sind. Die Entschädigung nach einem den Kurs vom 10. Januar 1920 nicht überschreitenden Kurse vorzunehmen erscheint aus dem Grunde berechtigt, weil bereits seit dem 28. Juni 1919, der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland, spätestens mit dem 10. Januar 1920 jeder Besitzer und Erwerber mit der Verpflichtung zur Ablieferung rechnen mußte. Die bevorstehende Beschlagnahme steht in keinem Zusammenhang mit der Frage, in welcher Weise die Entschädigung von Gesellschaften erfolgen soll, die in Deutschland ihren Sitz haben und deren Vermögen im Auslande liquidiert worden ist. Diese Entschädigung wird auf Grund des Entschädigungsgesetzes vom 31. August 1919 nach den sonst für Liquidation in Aussicht genommenen Gesichtspunkten erfolgen.

Berlin, 12. April. Zu den heutigen Vorgängen an der Berliner Börse sei noch ergänzend nachgetragen, daß schon vor Eröffnung des Verkehrs die zahlreich versammelten Börsenbesucher die Bekanntmachung der Regierung über die Beschlagnahme von Wertpapieren auf Grund des Friedensvertrages erregt erörterten, und aus den die Maklertafeln über und über bedeckenden Minus-Minus-Zeichen konnte auf schwere Kursstürze in den von der Verordnung betroffenen Werten geschlossen werden. Die Gemüter erhitzten sich im Verlaufe immer mehr, und bei Bekanntwerden des aus dem gleichen Grunde erfolgenden Schlusses der Börsen von Hamburg und Frankfurt a. M. wurde auch hier der Wunsch allgemein, zum Zeichen des Protestes gegen die angekündigte Verfügung die Börse zu schließen. Sachlich war man sich in den Börsenkreisen über die Ablieferungspflicht zwar klar, erregte sich aber immer mehr darüber, daß die maßgebenden Stellen den Handel in diesen Papieren noch weiter gestattet hätten und jetzt nach den inzwischen erfolgten starken Kurssteigerungen ein ungefähr drei Monate zurückliegender Kurs als Entschädigungskurs festgesetzt werden sollte. Als schließlich der Börsenvorstand verkündete, daß nur in solchen Papieren amtlicher Handel stattfinden sollte, bei denen wegen der klaren Sachlage erhebliche Schwankungen zu erwarten waren, erreichte die Erregung ihren Siedepunkt, und es kam zu turbulenten Szenen vor den Maklerschranken. Da infolgedessen an eine geschäftliche Tätigkeit nicht zu denken war, trug der Börsenvorstand schließlich der allgemeinen Empörung Rechnung und ließ die Börse schließen. In einer für morgen vormittag anberaumten Sitzung des Börsenvorstandes wird beschlossen werden, ob Dienstag der Börsenverkehr wieder aufgenommen werden soll.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Der Verkehr an den deutschen Rohzuckermärkten ist allmählich wieder in das Gleichgewicht zurückgekommen, aus dem ihn die innerpolitischen Wirrnisse geworfen hatten. Durch die Notwendigkeit der Unterbrechung der Ueberweisungen hatten sich die der Verteilung harrenden Mengen etwas gehäuft, wenn sie auch keineswegs als besonders umfangreich zu bezeichnen waren. Jedenfalls aber machten sich Verfügungen notwendig, die den Märkten einige Belebung zuführten. Die Reichsnaherstelle nahm von neuem Veranlassung, aus den Restbeständen der Erzeugnisse Ausgleichsmengen zur Verteilung zu bringen, die wegen des während der Berichtswoche zeitweise noch gestörten Eisenbahnverkehrs vielfach umdisponiert werden mußten. Im übrigen blieben die Abschlüsse, wie schon seit geraumer Zeit, auf Nacherzeugnisse und Melasse beschränkt. Ein Teil der Rohzuckerfabriken, namentlich solche, die im laufenden Betriebsjahre nur eine kleine Erzeugung aufzuweisen haben, sind inzwischen von ihren Beständen an Rohware vollkommen geräumt; ein Ziel, das auch von den übrigen Rohzuckerfabriken sehnlichst erstrebt wird, damit sich ihre Leitungen voll den Vorbereitungen für die nächste Betriebszeit widmen können.

Am Raffinademarkte herrschte zeitweise recht lebhafter Verkehr, weil in verschiedenen Bezirken infolge der erzwungen gewesenen Ruhe noch manderlei Geschäfte nachzuholen waren. Als den Abschluß in Inlandraffinaden kommen fast ausschließlich die Gemeindeverbände in Betracht. Die Zucker verarbeitenden Gewerbe sind in immer größerem Maße lediglich auf die Abschlüsse in erreichbarem ausländischem Verbrauchszucker angewiesen. Die Raffinerien haben ihre Tätigkeit nach Ostern bis auf wenige Ausnahmen im Westen des Reiches voll wieder aufnehmen können.

Ueber die Aussichten des kommenden Rübenanbaues, der infolge des anhaltenden günstigen Wetters binnen kurzem beginnt, liegen abschließende Feststellungen noch nicht vor. Sicherlich ist aber gegenüber dem Vorjahre mit einer Zunahme des Anbaues zu rechnen, der vorläufig noch immer auf 15—20 Prozent beziffert werden kann.

Produktenbericht.

Berlin, 12. April. Der Produktenmarkt eröffnete in flauer Tendenz. Für Hafer zeigte sich auch zu wesentlich ermäßigten Preisen nur ganz vereinzelt Kauflust. Hülsenfrüchte wurden erheblich niedriger angeboten bei durchaus mangelnder Kaufneigung. Das gleiche gilt für Serradella. Rauhfutter war ebenfalls sehr still. Für Stroh zeigte sich bei niedrigem Preisangebot etwas Nachfrage.

Berlin, 12. April. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inl. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestationen 2700—2660. Tendenz weichend.

AT.B. **Bremen**, 12. April. Akt.-Ges. Weser. Dividendenvorschlag 10 Prozent.

Die deutschen Sparkassen im Februar 1920. Der Februar hat, wie wir der „Sparkasse" entnehmen, einen weiteren Rückgang der Spareinlagen gebracht. Nach den vorliegenden Berichten ist er auf 300 Millionen Mark zu schätzen gegen 110 Millionen Mark im Januar. In den beiden Vorjahren hatte der Februar neue Zunahmen von 800 bezw. 600 Millionen Mark den Sparkassen zugeführt. Die Gründe der Abnahme sind dieselben, wie in den letzten Monaten. Sie liegen in dem steigenden Kapitalbedarf in Handel und Gewerbe. Das Vertrauen zu den Sparkassen ist nach wie vor unerschüttert. Selbst in den jetzigen kritischen Tagen im westfälischen Industriegebiet ist den dortigen Sparkassen das Vertrauen erhalten geblieben. — Im Februar hatten die neuen Einzahlungen den Riesenbetrag von 3 Milliarden Mark bei sämtlichen deutschen Sparkassen erreicht. Die Rückzahlungen waren aber um 200 Millionen Mrak größer.

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G. Die Bilanz weist einen Reingewinn von 2 202 792 Mark aus (i. V. 2 368 716 Mk.), und es wird die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent (wie i. V.) in Vorschlag gebracht. Dem Reservefonds II fließen wieder 400 000 Mark zu. Der vorliegende Auftragsbestand wird als befriedigend bezeichnet.

Kammerich-Werke, A.-G. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 5. Juni stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 30 Proz. (i. V. 10 Proz. Dividende und 10 Proz. Sondervergütung in Gratisaktien) und die Erhöhung des Vortrages auf 453 000 (i. V. 23 875) Mark vorzuschlagen.

Gesellschaft für Linkes Eisenbahnen A.-G. in Wiesbaden. Die Gesellschaft wird für 1919 wieder 12 % Dividende verteilen.

A.-G. Weser in Bremen. Der Aufsichtsrat schlägt für 1919 eine Dividende von wieder 10 % vor.

Dresdener Nähmaschinenzwirn-Fabrik A.-G. Der Abschluß ergibt einen Reingewinn von 273 718 Mark (i. V. 299 136 Mark) woraus nach 33 620 Mark (105 000 Mark) Rückstellungen u. a. 12 Prozent (11 Proz.) Dividende verteilt werden sollen bei 14 654 Mark Vortrag.

Vereinigte Königs- und Laurahütte A.-G. Die Gesellschaft projektiert den Bau einer neuen Koksanstalt von etwa 80 Oefen, sowie die Vermehrung der Martinstahlöfen.

Hüttenwerk Niederschöneweide, Akt.-Ges., vorm. J. F. Ginsberg in Berlin-Niederschöneweide. Das Unternehmen, dessen Dividende für 1919 bekanntlich mit 20 (i. V. 12) Prozent beantragt ist, erzielte laut Rechenschaftsbericht einschließlich Vortrag einen Rohgewinn von 7,79 (i. V. 5,90) Mill. Mark. Nach Verrechnung der Unkosten von 6,87 (4,96) Mill. Mark, der Abschreibungen von 152 592 (288 500) Mark sowie 40 000 (0) Mark Rückstellung für Talonsteuer verbleibt ein Reingewinn von 730 639 (656 485) Mark, von dem 41 673 (64 514) Mark auf neue Rechnung kommen. Sämtliche Abteilungen waren den Verhältnissen entsprechend gut beschäftigt, obwohl es wiederum nicht möglich war, die Betriebe in Niederschöneweide und Velten voll auszunutzen. Gegen Ende des Berichtsjahres nahm die Gesellschaft die Herstellung von Schnittmetall, Zinnlegierungen und Lagermetallen auf, mit deren Ausbau sie zurzeit beschäftigt ist und von der man sich gute Erfolge verspricht. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr können bisher als befriedigend bezeichnet werden.

Zur Geschäftslage in der Kaliindustrie. Die Verhandlungen wegen des großen Kalilieferungsgeschäftes mit Amerika, die vor dem Kapp-Putsch nahezu abgeschlossen waren, sind, wie das Berl. Tagebl. von maßgebender Seite hört, noch nicht wieder aufgenommen worden, da es den Anschein hat, daß die Amerikaner nicht bereit sind, eine größere Vorauszahlung in Dollarwährung zu leisten. Da aber der Kalibedarf Amerikas nach wie vor sehr groß ist, so ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit, wenn sich das Vertrauen des Auslandes in die Gesundung unserer innerpolitischen Verhältnisse gehoben hat, doch noch ähnliche Geschäfte zustandekommen werden. Die Wagengestellung in der Kaliindustrie hat sich seit einiger Zeit gebessert. Die Kohlenversorgung ist dagegen zurzeit noch recht mangelhaft, doch glaubt man in den Kreisen des Kalisyndikates, daß sich auch hierin recht bald eine Besserung vollziehen wird. Der Inlandsbedarf an Kali und das Interesse des Auslandes sind nach wie vor sehr groß.

Braunschweiger Portland-Zementwerke in Salder. Nach dem Bericht des Vorstandes waren im Jahre 1919 die Betriebs- und die Absatzverhältnisse noch schwieriger als in den Vorjahren, seine hauptsächlich wegen Kohlenmangels, diese, weil die Bahn hinsichtlich der Wagengestellung nahezu ganz versagte. Durch mangelhafte Pflege infolge Fehlens der Betriebsstoffe litten die Anlagen, sodaß wieder Abschreibungen in entsprechender Höhe notwendig sind. Der Rohgewinn beträgt 211 035 (205 106) Mk. Hierzu kommt der Gewinnvortrag mit 13 616 (17 787) Mk., Abschreibungen und Zuweisung erfordern 106 057 (109 241) Mk. Es bleiben 117 996 (113 625) Mk., die laut Generalversammlungsbeschluß wie folgt verwendet werden: Reservefonds 6000 (500) Mark, Tantieme des Aufsichtsrats 7565 (7316) Mk., 10 Prozent Dividende (wie i. V.) 58 320 Mk. Vortrag auf neue Rechnung 46 109 (13 016) Mk. Im Vorjahr wurden 30 000 Mk. der Kriegssteuerreserve überwiesen.

Preisrückgang am Hafermarkt. Auch an den Produktenmärkten hat, wohl nicht ohne Zusammenhang mit der Erholung unserer Valuta, eine Abbröckelung der Preise eingesetzt. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung äußerte sich dort allgemein in einer starken Zurückhaltung der Käufer, die zu einer ausgesprochenen Mattigkeit für Hafer wie auch für Hülsenfrüchte führte; obwohl angenehmen wäre, daß infolge unserer schlechten Getreide- und Kartoffelversorgung Hafer in erhöhtem Maße zur menschlichen Ernährung herangezogen würde. Erfreulicherweise hat jedoch in der Preisentwicklung für Hafer, die seit Aufhebung der Zwangswirtschaft im August 1919 zu Phantasiepreisen geführt hatte, eine rückläufige Bewegung eingesetzt, wie aus folgender Zusammenstellung hervorgeht. (Für die Tonne in Mark): 13. Aug. 1160, 21. Dez. 2400, 15. Jan. 2840, 30. Jan. 3700, 14. Februar 4400, 5. März 4800, 30. März 4000, 8. April 3700. Hoffentlich geht es so weiter.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: J. V.: Eugen Brinkmann; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Bendel.

Sehnlich geht es bei der Wagne selbst, dem großen Theater, das Bild eines adeligen Geschlechts, übrigens trat ich stets unter meinem wirklichen Namen Florestan auf." Wo ich auch unter dem Druck der allgemeinen Lohnsteige-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200413016/fragment/page=0004